



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	297-2022
Vorstossart:	Motion
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2022.RRGR.437
Eingereicht am:	08.12.2022
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Patzen (Bern, Grüne) (Sprecher/in) Ruch (Bern, Grüne)
Weitere Unterschriften:	2
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:	Auswahl

Der Kanton Bern verlangt vom Schweizer Bundesrat, Massnahmen gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran zu ergreifen

Der Regierungsrat wird beauftragt, beim Schweizerischen Bundesrat folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Kanton Bern verurteilt die Menschenrechtsverletzungen im Iran aufs Schärfste und ruft die Schweizer Landesregierung dazu auf, Massnahmen dagegen zu ergreifen. Deshalb fordert der Kanton Bern den Schweizer Bundesrat dazu auf,

1. die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Iran von der EU beschlossenen Sanktionen vollständig zu übernehmen
2. sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einzusetzen, um die systematische Straflosigkeit im Iran anzugehen
3. Massnahmen zu ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für die Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen

Begründung:

Seit die 22-jährige Jina «Masha» Amini am 16. September 2022 von der iranischen «Sittenpolizei» für das inkorrekte Tragen ihres Kopftuches zu Tode geprügelt wurde, gehen im Iran zehntausende Menschen gegen das Mullah-Regime auf die Strasse. Die Protestierenden fordern das Ende des unterdrückerischen Regimes um Religionsführer Ali Chamenei. Das Regime reagiert auf die Proteste mit unverhältnismässiger Gewalt. An Demonstrationen in Bern und in der ganzen Schweiz gegen das iranische Regime wird verlangt, dass die Schweiz sich aktiv gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran einsetzt. Doch die Antwort des Bundesrates auf die

Brutalität des iranischen Regimes ist bisher ungenügend. Die Schweiz muss die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für die Frauen- und Menschenrechte unterstützen, sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des beschlossenen Untersuchungs- und Rechenschafts-Mechanismus einsetzen und endlich die EU-Sanktionen übernehmen. Der Bundesrat hat zwar diejenigen EU-Sanktionen gegen den Iran übernommen, die aufgrund der Drohnenlieferungen an Russland verhängt wurden. Die Sanktionen, welche die EU aufgrund der unhaltbaren Menschenrechtssituation im Iran verhängt hat, wurden von der Schweiz hingegen bisher nicht übernommen. Im Sinne einer konsequenten Schweizer Haltung für Frieden, Demokratie und Menschenrechte darf die Schweiz deshalb nicht länger abseitsstehen und muss die Sanktionen gegen den Iran übernehmen.

Verteiler

– Grosser Rat